

4736/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Lafer, DI Hofmann, Dr. Partik - Pablè  
und Kollegen

an den Bundesminister für Inneres

betreffend EU - Ratspräsidentschaft

Österreich hat von 1. Juli 1998 bis 31. Dezember 1998 als erstes der 1995 der Europäischen Union beigetretenen Staaten die Präsidentschaft im Rat der EU inne.

Im 1. Kapitel eines Buches zur EU - Präsidentschaft Österreichs mit dem Titel: "Im Chefsessel Europas - Österreich als Ratspräsident in der EU" (Autor: Michael Jungwirth) heißt es unter anderem: "Der Erfolg des österreichischen Vorsitzes hängt zu einem erheblichen Teil vom Geschick, vom Können und der Motivation der österreichischen Bürokratie ab."

Weiters wird in oben genanntem Buch die Behauptung aufgestellt, daß in einigen Ministerien über die Bediensteten Urlaubssperren und Versetzungsstopps verhängt worden seien.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Inneres nachstehende

Anfrage:

1. Ist es richtig, daß in Ihrem Ministerium über die Bediensteten Urlaubssperren verhängt wurden bzw. werden?

Wenn ja,

a) warum wurden bzw. werden Urlaubssperren verhängt,

b) wer zeichnet für diese Anordnung verantwortlich,

- c) wurde bzw. wird die Meinung der Personalvertreter in die Überlegungen einbezogen und wenn nein, warum nicht und wenn ja, welche Personalvertreter wurden bzw. werden befragt und welcher Ansicht waren bzw. sind diese,
- d) für welchen Zeitraum wurden bzw. werden Urlaubssperren verhängt,
- e) wie viele Bedienstete sind insgesamt davon betroffen,
- f) in welchen Abteilungen bzw. Sektionen sind die betroffenen Bediensteten tätig,
- g) gab bzw. gibt es spezielle Kriterien, nach denen entschieden wurde bzw. wird, über welche bzw. über wie viele Bedienstete Urlaubssperren verhängt wurden bzw. werden?

2. Ist es richtig, daß in Ihrem Ministerium über die Bediensteten Versetzungsstopps verhängt wurden bzw. werden?

Wenn ja,

- a) warum wurden bzw. werden Versetzungsstopps verhängt,
- b) wer zeichnet für diese Anordnung verantwortlich,
- c) wurde bzw. wird die Meinung der Personalvertreter in die Überlegungen einbezogen und wenn nein, warum nicht und wenn ja, welche Personalvertreter wurden bzw. werden befragt und welcher Ansicht waren bzw. sind diese,
- d) für welchen Zeitraum wurden bzw. werden Versetzungsstopps verhängt,
- e) wie viele Bedienstete sind insgesamt davon betroffen,
- f) in welchen Abteilungen bzw. Sektionen sind die betroffenen Bediensteten tätig,
- g) gab bzw. gibt es spezielle Kriterien, nach denen entschieden wurde bzw. wird, über welche bzw. über wie viele Bedienstete Versetzungsstopps verhängt wurden bzw. werden?

3. Woraus ergeben sich die für Ihr Ministerium durch den EU - Ratsvorsitz bedingten Mehrkosten von 95 Millionen Schilling an Personal - und Sachaufwand, einzeln angeführt und aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Ausgaben für Personen -, Objekt -, Veranstaltungsschutz sowie andere sicherheitspolizeiliche Belange und den Kosten für die Anmietung von Räumlichkeiten, für Veranstaltungen sowie sonstige Aufwendungen?